

«Wir müssen heute handeln»

Klimaschutz Eine breite Allianz hat gestern in Bern für das CO₂-Gesetz geworben. Es gelte, unumkehrbare Folgen der Erderwärmung zu vermeiden, war eines der Hauptargumente.

Über 160 Parlamentarierinnen und Parlamentarier, mehr als neunzig zivilgesellschaftliche Organisationen und 200 Unternehmen steigen gemeinsam in den Abstimmungskampf. Klimaschutz heisst für sie Ja zum revidierten CO₂-Gesetz.

Ein Schweizer Wegweiser in gelber Farbe mit der Aufschrift «Klimaschutz» ist das Sujet einer breiten Allianz für das CO₂-Gesetz, über das am 13. Juni abgestimmt wird. «Der Wegweiser symbolisiert den typischen Schweizer Weg», sagte FDP-Ständerat Damian Müller gestern vor den Medien.

«Die einen gehen langsamer, die anderen schneller. Aber das Ziel ist immer dasselbe: Wir wollen den nächsten Generationen eine Schweiz überlassen, die wir auch lieben.»

Dem Komitee angeschlossen haben sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier von SP, FDP, Mitte-Partei, Grüne, Grünliberale und EVP. Aber auch Unternehmen wie Ikea oder Novartis gehören dem Komitee an. «Diese breite Allianz ist unsere Stärke», sagte Müller.

«Ausgewogene Lösung»

Um das CO₂-Gesetz sei im Parlament hart gerungen worden. Das Resultat sei ein guter Kompromiss: «Dass das Gesetz gerade von der extremen Linken sowie der SVP bekämpft wird, zeigt, dass eine ausgewogene Lösung vorliegt».

Das CO₂-Gesetz basiert auf dem Verursacherprinzip. Wer das Klima mehr belastet, bezahlt auch mehr. So beinhaltet das Gesetz etwa eine Erhöhung des Treibstoffpreises um zwölf Rappen pro Liter sowie eine Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken.

Diese Mehreinnahmen sollen in Form eines Klimafonds, der unter anderem Gebäudesanierungen unterstützt, zurück an die Bevölkerung und die Wirtschaft gehen. Gerechnet wird mit einer Rückerstattung von durchschnittlich 60 Franken pro Kopf inklusive Kinder.

90 Prozent der Bevölkerung würden gleich viel zurückbekommen, wie sie für die Klimaabgabe ausgaben, sagte SP-Nationalrätin Gabriela Suter. Die Rückverteilung erfolge pro Person, kinderreiche Familien wür-



Für sie ist der richtige Weg klar: Medienkonferenz gestern in Bern. KEYSTONE

Zum Komitee gehören auch Unternehmen wie Ikea oder Novartis.

den entsprechend am meisten profitieren. Das Gesetz sei also durchaus sozial verträglich.

CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach erinnerte daran, dass die Berggebiete am meisten unter den Folgen des

Klimawandels litten. Bulliard-Marbach ist Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet. Durch den Fonds würden die ländlichen Gebiete unterstützt. Davon profitiere auch der Wintertourismus.

Mit dem Gesetz verbunden seien auch Chancen für die Schweiz, führte Jürg Grossen, Berner Nationalrat und Präsident der Grünliberalen Partei, aus. «Die Innovationskraft des Gesetzes ist gross»: Als Clintec-Standort habe die Schweiz die besten Voraussetzungen, international an die Spitze zu kommen.

Gesundheitspolitische Argumente legte EVP-Nationalrätin Lilian Studer in die Waagschale: «Der Verzicht auf fossile Energien bringt uns eine sauberere Luft- und entsprechend weniger Erkrankungen der Atemwege und des Herzkreislaufsystems.»

Weniger fossile Energie reduziere zudem die Lärmemissionen und bremse den kontinuierlichen Anstieg der Temperaturen. Dass Hitzewellen wie im Sommer 2013 zu mehr Hitzetoten führten, sei statisch erwiesen. Schlussendlich werde eine Ablehnung des CO₂-Gesetzes die Schweiz mehr kosten als eine Annahme, sagte die Grüne Nationalrätin Delphine Klopfenstein. Extreme Wetterlagen würden zeigen, dass die Zeit knapp werde. «Wir müssen heute handeln, um gefährliche, unumkehrbare und teure Folgen der Klimakrise zu verhindern.»

Dem Ja-Komitee angeschlossen haben sich auch der Städteverband, der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, die Schweizerische Bankiervereinigung, der Schweizerische Versicherungsverband, TCS, VCS und Umweltorganisationen. Am ver-

gangenen Donnerstag waren zudem über hundert Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit einem Appell für ein Ja zum CO₂-Gesetz an die Öffentlichkeit getreten.

Widerstand von SVP und Gewerbeverband

Gegen das CO₂-Gesetz sind die SVP, Verbände wie Handel Schweiz, Gastrosuisse, der Hauseigentümerverband, der Gewerbeverband Zürich sowie die Automobilverbände und die Verbände der Mineralölwirtschaft. Sie bezeichnen die Vorlage als zu teuer und unnötig.

Die Schweiz hat sich mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zum Niveau von 1990 zu halbieren. Mindestens drei Viertel der Reduktion soll in der Schweiz erfolgen. sda